

Gut wird's, wenn alle mit anpacken

Ein neues Bündnis „Willkommen in Deutschland“

23. August 2024

In ganz Deutschland fehlen Arbeits- und Fachkräfte. In allen Bundesländern, über viele Branchen hinweg suchen bereits heute zahlreiche Betriebe händeringend nach Mitarbeitenden, um ihre Produktion aufrechterhalten, ihre Dienstleistungen weiter anbieten oder ihre Kapazitäten erweitern zu können. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wirkt sich bereits jetzt bremsend auf eine im Grundsatz hochoffene Entwicklung aus. Insbesondere im Osten Deutschlands wächst die Wirtschaft wieder stärker. In vielen Regionen entstehen Räume für Zukunftstechnologien. Batterietechnik, Halbleiterindustrie, erneuerbare Energien und Elektromobilität schaffen zahlreiche Arbeitsplätze und beschleunigen den wirtschaftlichen Aufschwung. Ob Intel in Magdeburg, die Batterieproduktion in Brandenburg, Beiersdorf in Leipzig oder die Chipfabrik von TSMC, Bosch, Infineon und NXP in Dresden: Die positive wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland gibt Anlass zu Optimismus. Und auch im gesamten Bundesgebiet liegt die Wachstumsprognose für das Jahr 2025 nach Einschätzungen der Bundesbank bei 1,1 Prozent.

Zugleich ist aber gerade hier der Arbeits- und Fachkräftemangel schon heute eine der größten Herausforderungen. In Thüringen fehlen [laut einer Studie bis 2035 etwa 250.000 Fachkräfte](#) – besonders betroffen ist die Reinigungsbranche, aber auch LKW- und Busfahrer*innen werden fehlen. In der Lausitz werden bis 2038 rund 60.000 Fachkräfte fehlen. [Laut einer Studie der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg \(BTU\) und des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle \(IWH\)](#) könnte der Arbeits- und Fachkräftemangel damit ein Hindernis für einen gelungenen Strukturwandel werden. In Brandenburg sehen mehr als zwei Drittel der Unternehmen im Fachkräftemangel ein Risiko für ihre wirtschaftliche Entwicklung. Dort fehlen bereits jetzt im Jahresdurchschnitt fast 25.000 qualifizierte Arbeitskräfte, insbesondere in der Bauelektrik und der Altenpflege. Nach aktuellen Prognosen werden in Brandenburg bis zum Jahr 2030 allein 10.000 Pflegekräfte fehlen. Und auch in Sachsen werden neben Facharbeiter*innen auch hochqualifizierte Expert*innen in der Forschung oder Halbleiterindustrie fehlen. Damit steht der Osten nicht allein da. In Nordrhein-Westfalen fehlen laut IHK schon heute über 400.000 Fachkräfte.

Das zeigt: Es gibt positive wirtschaftliche Entwicklungen, die wir fördern und vorantreiben müssen. Das heißt aber auch, dass wir uns den immensen Herausforderungen des Arbeits- und Fachkräftemangels stellen müssen. Denn sonst wird sie zu einem der größten Hemmnisse für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und eine gute Daseinsvorsorge in Deutschland. Ob in Unternehmen oder Kommunen, ob in IT-Konzernen oder Pflegeheimen: Fast überall gibt es längst weit mehr offene Stellen als Menschen, die sie besetzen können. Der Arbeits- und Fachkräftemangel ist schon heute die entscheidende Bremse für das Potenzialwachstum. Demographisch seit Jahrzehnten absehbar, wurde bislang zu wenig dagegen unternommen.

Denn für Beschäftigte hat der Mangel an Kolleginnen und Kollegen bereits heute sehr reale Auswirkungen. Ob Busfahrerin, Lokführer, Kellnerin, auf dem Bau oder in der Fertigungshalle: Wer versucht, den Laden am Laufen zu halten, obwohl zu wenig Arbeitskräfte da sind, für den steigt der Stress am Arbeitsplatz erheblich. Die Folge sind steigende Krankenstände. Und das wiederum verschärft das Problem des Arbeitskräftemangels.

Auch für viele Eltern ist der Fachkräftemangel kein abstraktes volkswirtschaftliches Problem mehr: Kitas reduzieren die Betreuungszeiten, weil es zu wenig Personal gibt. Unterrichtsstunden müssen ausfallen, weil Lehrkräfte fehlen. Die Folge: Eltern können ihrer eigenen Erwerbstätigkeit nicht mehr in vollem Umfang nachgehen, müssen ihre Arbeitszeit reduzieren und ihre Kinder betreuen.

Für viele Pflegende ist die Situation umgekehrt eine Herausforderung: Wenn Pflegeheime aufgrund von Personalengpässen keine Pflege- und Betreuungsplätze mehr anbieten können, müssen Eltern immer häufiger zu Hause gepflegt werden. Wer aber seine Kinder betreuen oder seine Angehörigen pflegen muss, kann dies nicht neben einer Vollzeitbeschäftigung leisten. Wenn Menschen den Personalmangel in Bildungs-, Pflege- und Betreuungsinstitutionen auf Kosten ihrer eigenen Berufstätigkeit ausgleichen müssen, verschärft sich der Arbeitskräftemangel immer weiter.

Doch nicht nur für den einzelnen Menschen, sondern auch für die gesamte Wirtschaft hat der Arbeitskräftemangel erhebliche Folgen. Dass zu wenig Hände da sind, die mit anpacken können, schränkt das Wachstumspotenzial der deutschen Wirtschaft ein. Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft gehen der Wirtschaft jährlich bis zu 49 Milliarden Euro an Produktionspotenzial durch fehlende Arbeitskräfte verloren.

Jetzt gilt es, sich dieser gemeinsamen Verantwortung mit umso größerer Anstrengung und umso größerer Geschwindigkeit zu stellen. Die gute Nachricht: Es gibt Antworten, um dieser Herausforderung zu begegnen.

Eine Antwort ist die bessere Teilhabe von Frauen am Arbeitsmarkt. Wenn Mütter mit Kindern unter sechs Jahren entsprechend ihren Wünschen wieder arbeiten könnten, stünden 840.000 zusätzliche Arbeitskräfte zur Verfügung. Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist daher für die Familien ebenso elementar wie für die deutsche Wirtschaft. Fehlanreize, die einer Ausweitung der Erwerbstätigkeit von Frauen entgegenstehen, müssen dringend abgebaut werden. Deshalb ist es gut, dass die Steuerklassen III und V für verheiratete Paare durch die fairere Aufteilung der Steuerklassen IV/IV mit Faktorverfahren ersetzt werden und Mehrarbeit attraktiver und bemerkbarer wird. Weitere Schritte sollten folgen. Auch die Entgeltgleichheit ist noch lange nicht erreicht. Notwendig ist auch eine gerechtere Aufteilung zwischen von Erwerbsarbeit und familiärer Sorgearbeit. Hier wäre die geplante Familienstartzeit ein sehr gutes Mittel, um sich gleich zu Beginn der Elternschaft gut aufstellen zu können.

Eine zweite Antwort ist die Stärkung von Weiterbildung und Qualifizierung. Mit der Ausbildungsgarantie hat die Bundesregierung das Recht auf Ausbildung für junge Menschen bereits konkret gemacht. Mit dem Qualifizierungsgeld sorgen wir für Sicherheit im Wandel: Wenn sich Unternehmen neu aufstellen, können sich Beschäftigte entsprechend fortbilden. Das Weiterbildungsgeld ermöglicht außerdem

Menschen in Erwerbslosigkeit eine neue Perspektive in gut qualifizierten Berufsfeldern. Wir stärken die regionalen Arbeitsmarktdrehscheiben und lokalen Netzwerke der Bundesagentur für Arbeit und der Jobcenter, damit Beschäftigte gar nicht erst erwerbslos werden oder zumindest möglichst schnell wieder eine passende Erwerbsarbeit finden. Wir brauchen gut ausgestattete Jobcenter, damit sie Menschen auf dem Weg zurück in die Erwerbstätigkeit bestmöglich unterstützen können.

Doch weder die höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen oder älterer Beschäftigter noch ein massiver Ausbau von Qualifizierung und Weiterbildung allein werden die schon jetzt klaffende und weiter wachsende Lücke auf dem deutschen Arbeitsmarkt schließen können. Ohne eine stärkere Zuwanderung in den Arbeitsmarkt werden Unternehmen in Zukunft gewinnbringende Aufträge ablehnen müssen, werden die Betreuungsschlüssel in Kitas und Schulen immer schlechter werden, werden Busse und Bahnen schon aus Personalmangel seltener fahren. Wir wollen erreichen, dass alle älteren und pflegebedürftigen Menschen, die Unterstützung und Pflege erhalten, die sie benötigen - in ihrem Zuhause, wie im Pflegeheim. Dafür braucht es bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal. Selbst moderate Wirtschaftsszenarien gehen von einem Bedarf von rund 400.000 Menschen aus, die jährlich aus dem Ausland den Weg auf den deutschen Arbeitsmarkt finden müssten und dann auch hier bleiben wollen – nur um das heutige Niveau an Beschäftigten konstant zu halten.

Erste wichtige Schritte ist die Regierungskoalition gegangen: Mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz haben wir die Möglichkeiten, zum Arbeiten nach Deutschland zu kommen, deutlich vereinfacht. Wir haben die "Erfahrungssäule" geschaffen, mit der auch praktische Berufserfahrung zählt und nicht nur formale Abschlüsse und Qualifikationen auf dem Papier. Mit der Chancen-Karte haben wir ein transparentes Punktesystem, das zur Einwanderung genutzt werden kann. Und wir haben das Staatsangehörigkeitsrecht reformiert. Das ist wichtig für Menschen, die seit Jahren hier leben und arbeiten.

Ein Bündnis „Willkommen in Deutschland“:

Wir wollen um mehr Menschen aus dem Ausland werben und für einen Job sowie Leben hier bei uns begeistern. Das können wir nur schaffen, wenn Integration auch wirklich gelingt: Im Betrieb, in der Nachbarschaft, im Sportverein oder auf dem Dorffest. Das wird nur gelingen, wenn das Leben in Deutschland für ausländische Fachkräfte attraktiv erscheint und Deutschland als Land der Chancen wahrgenommen wird. Momentan ist aber das Gegenteil der Fall: Eine internationale Studie zeigt, dass Deutschland als potenzielles Einwanderungsland für ausländische Arbeitskräfte nur auf Platz 49 von 53 liegt, was vor allem an einer fehlenden Willkommenskultur liegt. [Auch der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks analysierte bereits 2023](#), dass „in Deutschland keineswegs eine Willkommenskultur in der Weise gelebt“ werde.

Doch nur wenn Deutschland als attraktives Einwanderungsland erlebt wird, werden wir Menschen überzeugen, zum Arbeiten nach Deutschland zu kommen und hier Fuß zu fassen. Nur dann werden die Menschen auch langfristig bei uns bleiben und nicht wieder auswandern. Dafür schlagen wir das **Bündnis „Willkommen in Deutschland“** vor. Es braucht die gemeinsame Anstrengung aller Verantwortlichen, um Zuwanderung zum Erfolg zu führen. Unternehmen, Vereine, Behörden, Verbände –

Gut wird's, wenn alle mit anpacken -

wir brauchen sie alle, damit Willkommenskultur auch tagtäglich gelebt werden kann. Die Politik muss die entsprechenden Weichen stellen.

Reformen im Detail:

1. **Fachkräfte-Welcome-Center als Informationsanlaufstelle nach kanadischem Vorbild:** In Kanada helfen solche Center beim Ankommen im Land. Hilfe bei Behördengängen, bei der Suche nach Sprachkursen, bei Anerkennungsverfahren oder bei der Job- und Weiterbildungssuche. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass auch in Deutschland solche Fachkräfte-Welcome-Center eingerichtet bzw. bestehende Strukturen entsprechend ausgebaut werden und dafür ein entsprechendes Förderprogramm auflegen. Fachkräfte-Welcome-Center müssen vor Ort eng mit Unternehmensnetzwerken, Kommunal-, Landes- und Bundesbehörden sowie der Zivilgesellschaft sowie Engagement und Ehrenamt zusammenarbeiten. Sie tragen die Initiative „Willkommen in Deutschland“ in die Breite des Landes.
2. **Schaffung einer zentralen Einwanderungsagentur:** Die Bundesregierung sollte zudem die Prüfung der Schaffung einer zentralen Einwanderungsagentur beschleunigen, die noch schneller, digitaler und dienstleistungsorientierter qualifizierten Arbeitsuchenden den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt ermöglicht, die Ämter vor Ort weiter entlastet und die Strukturen in den Ländern ergänzt. Wir werben dafür gemeinsam mit den Ämtern und Behörden einen **Fahrplan für die Einführung von Englisch als Zweitsprache auf Ämtern** zu erarbeiten.
3. **Bundeswettbewerb für Willkommenskultur-Leuchtturmprojekte:** Wir wollen die besten Ideen für eine neue Willkommenskultur prämiieren und öffentlich sehr viel wahrnehmbarer machen. Integration lebt von Vielfalt. Deswegen werden wir einen Bundeswettbewerb für Willkommenskultur-Leuchtturmprojekte initiieren und rufen Städte und Kommunen auf, gelungene Integration und Willkommenskultur mit Auszeichnungen für besondere Integrationsprojekte zu würdigen und sichtbar zu machen.
4. **Integration stärken:** Integration braucht eine starke Integrationsinfrastruktur, die auf Ehrenamt und Engagement, Migrantenselbstorganisationen, aber auch auf kommunalen Strukturen und nachhaltigen Integrationsstrategien basiert. Eine neue Willkommenskultur heißt auch, die zehntausenden Bürgerinnen und Bürger in Deutschland zu stärken, die den Menschen, die bereits zu uns gekommen sind, bei der Überwindung der ganz alltäglichen Integrationshürden unterstützen. Sei es bei der Wohnungssuche, bei der Suche nach einem Kitaplatz, bei der Einschulung, bei der Begleitung zu Behörden - oder bei der Integration im Betrieb oder im Kreis der Kolleginnen und Kollegen. Wir wollen, dass die freiwillige bzw. ehrenamtliche Tätigkeit solcher **Integrationslotsen** stärker anerkannt und gewürdigt wird. Dies könnte durch finanzielle Zuschüsse geschehen. Gleichzeitig sollen Menschen mit eigener Migrations- bzw. Integrationserfahrung selbst ermutigt werden, sich in Vereinen oder (post-) migrantischen dialogsuchenden Organisationen einzubringen. Erstorientierungs-, Integrations- und Sprachkurse sind ein

elementarer Bestandteil einer gelungenen Integration und müssen finanziell abgesichert werden.

5. **Unternehmensnetzwerke stärken:** Wir begrüßen außerordentlich, dass sich die überwältigende Mehrheit der Unternehmen in Deutschland zu einem weltoffenen Land bekennt, das Menschen willkommen heißt, die bei uns arbeiten und Fuß fassen wollen. Durch gezielte Förderung wollen wir die Unternehmen dabei, ihre Netzwerke auf lokaler Ebene auszubauen und zu festigen, etwa unter Beteiligung von Innungen, Industrie- und Handwerkskammern. In diesen lokalen Netzwerken können wertvolle Erfahrungen gebündelt und praktische Unterstützungsmaßnahmen identifiziert werden, die das Ankommen in Deutschland und vor Ort in den Betrieben erleichtern.
6. **Beschleunigungsbooster bei der Anerkennung von Berufsqualifikation und Ausbildung in Deutschland:** Eine schnelle und pragmatische Anerkennung von Berufsabschlüssen und Qualifikationen bleibt die zentrale Voraussetzung dafür, dass Menschen gut in Deutschland Fuß fassen können und eine Notwendigkeit, um Fachkräfte im internationalen Wettbewerb zu gewinnen. Zwar hat sich die durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zum ersten Bescheid in Anerkennungsverfahren deutlich verkürzt, bis zum endgültigen Bescheid vergehen aber insbesondere bei den reglementierten Berufen immer noch fast eineinhalb Jahre. Damit sind die Verfahrensdauern immer noch deutlich zu lang. Erste Pilotprojekte in Städten und Ländern wie in Nordrhein-Westfalen, bei denen die Berufsqualifikationen der zu uns kommenden Menschen **bereits bei der Einreise dokumentiert** werden, müssen schnellstmöglich zum bundesweiten Standard gemacht werden. Wir müssen erreichen, dass Dokumente nur einmal eingereicht werden müssen, statt sie bei jedem Behördengang umständlich neu einzureichen. Eine Berufsausbildung in Deutschland ist der beste Weg zur Integration. Daher müssen wir die Perspektive Zuwanderung durch Studium und Ausbildung in Deutschland stärken und mehr Anreize schaffen, um nach dem Studium oder der Ausbildung in Deutschland zu bleiben.
7. **Anerkennung von Berufsabschlüssen vereinfachen:** Die Anforderungen an den Nachweis von Berufsabschlüssen sind weiterhin oft hochkomplex, bürokratisch und zu oft werden Qualifikationen nicht direkt anerkannt, wenn sie nicht exakt den Ausbildungsmodulen der inländischen Ausbildungswege entsprechen. Wir wollen es ermöglichen, dass gut ausgebildete Menschen auch dann eine qualifizierte Tätigkeit aufnehmen können, wenn ihnen ein Teil der rein formalen Anforderungen noch fehlt und sie diesen dann in Absprache mit ihrem Arbeitgeber als Training on the Job nachholen können. Zentral für die Anerkennung muss die Gleichwertigkeit der Kompetenzen sein, nicht die Gleichartigkeit formaler Ausbildungsbezeichnungen. So kann ein Verkäufer auch ohne Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann seinen Job beginnen oder eine Busfahrerin nach entsprechender Nachqualifizierung ihre Tätigkeit aufnehmen. Bei nicht reglementierten Berufen müssen Fähigkeits- oder Kenntnisprüfungen ein Ersatz sein können, wenn beispielsweise politisch Verfolgten von ihren Herkunftsländern bewusst Dokumente verweigert werden. Wir schlagen daher **eine gemeinsame Strategie von Bund, Ländern und den zuständigen Kammern für weitere entschlossene**

Gut wird's, wenn alle mit anpacken -

Entbürokratisierung, Bündelung und mehr Realitätsnähe für die Verfahren zur Anerkennung von Berufsabschlüssen vor. Ein guter erster Schritt ist, dass die Bundesregierung im Entwurf des SGB III-Modernisierungsgesetzes beschlossen hat, die IQ-Anerkennungsberatung bei der Bundesagentur für Arbeit institutionell zu verstetigen und zu bündeln.

8. **Flächendeckend schnelle Visavergabe:** Das Auswärtige Amt hat erfolgreich mit der Beschleunigung und Digitalisierung der Visavergabe begonnen. So konnte die Bearbeitungsdauer in der Auslandsvertretung zum Beispiel in Neu-Delhi von neun Monaten auf zwei Wochen verkürzt werden. Diesen Standard sollten wir weltweit anstreben. Dazu benötigt das Auswärtige Amt die erforderlichen Mittel, um den Digitalisierungsprozess abzuschließen. Das digitale Visumverfahren in den deutschen Konsulaten werden wir zum 1. Januar 2025 weltweit ausgerollt haben. Wichtig für eine schnelle Visavergabe ist, dass die Ausländerbehörden für diese Prozesse flächendeckend digitalisiert sind.
9. **Stärkung guter Schulen und Kitas:** Kitaplätze sind bereits jetzt rar. Unsere Schulen stehen vor großen Herausforderungen. Wenn mehr Menschen nach Deutschland kommen, werden die Knappheit an Kitaplätzen und die Herausforderungen im Bildungssystem zunächst weiter zunehmen. Deshalb brauchen wir mehr gute Kitaplätze und besser ausgestattete Schulen für alle. Wir unterstützen daher die "Gesamtstrategie von Bund und Ländern zur **Fachkräftesicherung in Kitas und Ganztage**", die eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zum Ziel hat. Zusätzlich muss der Bund die Länder beim Kita-Ausbau weiter unterstützen, etwa indem das **Kitaqualitätsgesetz** konsequent weitergeführt wird. Mit dem **Startchancenprogramm** erhalten zudem Schulen in besonders herausfordernden Lagen gezielte Unterstützung von Bund und Land für multiprofessionelle Teams und ein Investitionsprogramm für eine förderliche Lernumgebung.
10. **Mehr bezahlbarer Wohnraum für alle:** Eine der wichtigsten sozialen Fragen unserer Zeit ist die nach bezahlbarem Wohnraum. In Deutschland gibt es zu wenige Wohnungen. Die Bauwirtschaft steckt angesichts gestiegener Zinsen und Preise in der Krise. Aktuell fehlen insbesondere Sozialwohnungen. Um das zu ändern, braucht es nun zweierlei. Erstens müssen wir uns stärker auf den bestehenden Gebäudebestand konzentrieren und mehr umnutzen, sanieren und aufstocken. Auch so schaffen wir zusätzlichen Wohnraum. Zweitens brauchen wir mehr Anstrengungen für **bezahlbaren Wohnraum**. Die aktuelle Bundesregierung hat bereits viel getan, um Situation zu verbessern. Im Vergleich zu 2021 haben wir die Investitionen in die soziale Wohnraumförderung auf jetzt 3,15 Milliarden Euro verdreifacht. Mit dem Konzept der **Neuen Wohngemeinnützigkeit** setzen wir uns weiter dafür ein, mit diesem neuen Segment auf dem Wohnungsmarkt dauerhaft bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Ein erster Schritt wurde unlängst getan, doch das reicht nicht. Auch die Mietpreisklemme muss verlängert und verschärft werden. Es ist an der Zeit, dass die Bundesregierung hier ihren Ankündigungen Taten folgen lässt.
11. **Kommunen gezielt unterstützen:** Integration findet vor Ort in unseren Kommunen statt. Hier kommen Menschen an und hier finden sie eine neue

Heimat. Damit das gut gelingt, müssen die Kommunen dafür gut aufgestellt sein. Wir unterstützen die Stärkung kommunaler Integrationsstrategien, wie es einige Bundesländer bereits tun. Ein gutes kommunales Integrationsmanagement legt den Grundstein für gelingende Teilhabe und starke Willkommensnetzwerke. Dafür brauchen die Kommunen auch Ressourcen. Wir wollen die Kommunen finanziell entlasten. Dazu hat die Grüne Bundestagsfraktion einen Deutschland-Investitionsfonds vorgeschlagen, der Mittel für Länder und Kommunen bereitstellt und diese entlastet.

12. **Arbeitsverbote für Geflüchtete abschaffen:** Es ist absurd, dass Menschen, die in Deutschland Schutz vor politischer Verfolgung oder Bedrohung ihres Lebens suchen, das Verbot erhalten, hier zu arbeiten. Solange Menschen hier bei uns leben, und arbeiten können, sollten sie dies auch unbürokratisch tun können. Deshalb schlagen wir vor, alle noch bestehenden Arbeitsverbote grundsätzlich abzuschaffen.
13. **Bürokratieabbau bei Erteilung von Arbeitserlaubnissen:** Auf Initiative der Grünen hat die Bundesregierung beschlossen, Hürden bei der Arbeitsaufnahme von Geflüchteten abzubauen und eine Genehmigungsfiktion bei der Erteilung von Beschäftigungserlaubnissen durch die Ausländerbehörden einzuführen. Die Erlaubnis gilt als erteilt, wenn die Ausländerbehörde nach Beteiligung der Bundesagentur für Arbeit (BA) dem Antragsteller innerhalb von zwei Wochen nichts Gegenteiliges mitteilt. Damit wird die schnelle Beschäftigungserlaubnis zum Regelfall und umständliche Bürokratie bei der individuellen Erteilung der Arbeitserlaubnis entfällt. Die Bundesagentur für Arbeit wird nur noch digital über die Personen und ihre Qualifikationen informiert und kann sich stärker auf die direkte Vermittlung in Berufe konzentrieren, die spezielle Ausbildungen und Qualifikationen erfordern. Dieser Paradigmenwechsel für eine bessere Integration muss zügig umgesetzt werden.
14. **Schnellerer Einstieg von Geflüchteten in die Arbeitswelt:** Insbesondere für Berufe, in denen ein hoher Bedarf besteht, könnte die Bundesagentur entsprechend qualifizierte, zu uns neu ankommende Menschen im Asylverfahren direkt ansprechen und sogenannte „Fast-Track-Verfahren“ zum Einstieg in die Arbeitswelt anbieten. Um Beschäftigungsaufnahme von Geflüchteten generell zu vereinfachen und zu verbessern, müssen Maßnahmen wie der Job-Turbo ausgeweitet und zu verstetigt werden. Dabei ist die direkte Ansprache von Geflüchteten und die konkrete Vermittlung an Arbeitgeber von großer Bedeutung. Eine frühe Arbeitsaufnahme muss mit einer begleitenden, betrieblichen Sprachförderung einhergehen.
15. **Schutz vor Diskriminierung im Arbeitsmarkt und Alltag:** Die Menschen stärker willkommen zu heißen, die in Deutschland Arbeit aufnehmen wollen, bedeutet auch, ihre Rechte zu stärken und sie **im Arbeitsmarkt und Alltag besser vor Diskriminierung zu schützen**. Dabei geht es darum, dass Menschen, die zum Arbeiten zu uns kommen auch bleiben und nicht frustriert das Land wieder verlassen. Deswegen muss die **Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)** endlich kommen. Eine wirksame Antidiskriminierungsgesetzgebung ist ein wichtiger, lange vernachlässigter Standortfaktor, um im internationalen Wettbewerb gute Leute für den deutschen Arbeitsmarkt zu gewinnen. Wir haben im Koalitionsvertrag

vereinbart, Schutzlücken im AGG zu schließen, den Rechtsschutz zu verbessern und den Anwendungsbereich auszuweiten. Das gilt es nun umzusetzen. Wir unterstützen die Bemühungen der Länder, eigene Landesantidiskriminierungsgesetze zu schaffen, um Diskriminierung in allen Lebensbereichen umfassend zu bekämpfen.

Autor*innen:

Katharina Dröge MdB

Britta Haßelmann MdB

Dr. Antje Töpfer

Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg

Bernhard Stengele

Minister für Umwelt, Energie und Naturschutz des Freistaates Thüringen

Katja Meier

Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung des Freistaates Sachsen

Wolfram Günther

Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft des Freistaates Sachsen

Josefine Paul MdL

Ministerin für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

Andreas Audretsch MdB

Konstantin von Notz MdB

Benjamin Raschke MdL

Madeleine Henfling MdL

Franziska Schubert MdL